

Vorlage Nr. III/30/2013
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Unterbringungssituation von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen

A Problem

Das Sozialamt benötigt aufgrund einer ständig steigenden Anzahl von AsylbewerberInnen kurzfristig neue Unterbringungsmöglichkeiten.

Die Zahl der AsylantragsstellerInnen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich insbesondere in den letzten Monaten erheblich erhöht. Im ersten Halbjahr des Jahres wurden bundesweit 42.717 Asylanträge gestellt. Im Vorjahr sind im gleichen Zeitraum 22.477 Anträge gestellt worden. Das entspricht einer Steigerung von fast 90 %.

In seiner Prognose vom 09.07.2013 geht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von weiterhin steigenden Zahlen aus und rechnet mit ca. 100.000 Asylantragsstellern in 2013. Hinzu kommt die von Bund und Ländern beschlossene Aufnahme von 5.000 besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Syrien, die ab Juli 2013 als zusätzliches Kontingent aufgenommen werden.

Bremen muss 0,93 % der in der Bundesrepublik einreisenden Personen aufnehmen, davon 20 % in Bremerhaven.

Diese Situation hat dazu geführt, dass das Kontingent an Einrichtungen der Stadt Bremerhaven fast ausgeschöpft ist. Aus diesem Grunde hatte das Sozialamt mit Seestadt Immobilien Kontakt aufgenommen um weiteren Wohnraum zu beschaffen. Trotz intensiver Bemühungen in diverse Richtungen, Wohnungsbau- und Wohnraumverwalter sowie einiger Maklerbüros, konnte kein positives Ergebnis verzeichnet werden.

Nur die STÄWOG bietet die Restwohnungen in der Memeler Straße an. Die Restwohnungen liegen in räumlicher Nähe zu der vorhandenen Einrichtung, so dass eine Betreuung durch das vorhandene Personal erfolgen kann. Der Magistrat hatte in seiner Sitzung am 09.01.2013 aber beschlossen, dass zukünftig weitere Anmietungen im Stadtgebiet Wulsdorf vermieden werden sollen.

Aus den dargestellten Gründen ist zumindest eine temporäre Aufhebung des Magistratsbeschlusses erforderlich.

B Lösung

Der Magistratsbeschluss wird bis zum 31.12.2013 aufgehoben, damit zügig mit der Anmietung des angebotenen Wohnraumes in der Memeler Straße begonnen werden kann.

C Alternativen

Die Stadt Bremerhaven hat ihre Unterbringungsverpflichtung zu erfüllen.

Eine andere Möglichkeit wäre die Anmietung auf dem privaten Wohnungsmarkt, wobei es sich dort überwiegend um nicht zusammenhängenden Wohnraum handelt, was für die erforderliche Betreuung zu einem erforderlichen Personalmehrbedarf führen wird.

Eine andere Alternative wäre die Anmietung einer Gewerbeimmobilie mit entsprechendem Umbau zu Wohnzwecken und ggf. der Schaffung der baulichen Voraussetzung, was aber zu lange dauern würde und ggf. die Unterbringung in Hotels oder Pensionen nach sich zieht.

Als letzte Möglichkeit besteht dann die Unterbringung in Mobilbauten mit gutem baulichen Standards. Dafür bedarf es zumindest eines geeigneten Grundstücks, zusätzlichen Betreuungspersonals und ggf. sind baurechtliche Voraussetzungen zu schaffen.

D Finanzielle/Personalwirtschaftliche/Klimaschutzrelevante Auswirkungen/Genderprüfung

Es entstehen laufende Kosten für die Anmietung der Wohnungen sowie für die Ausstattung.

Weiter ist der notwendige Bedarf an Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts sicherzustellen.

Die unabwendbaren Mehrausgaben sind aus dem Budget von Seestadt-Immobilien und des Sozialamtes, Kapitel 6420, zu leisten. Hier handelt es sich um laufende Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, deren genaue Höhe noch nicht zu beziffern ist.

Besondere genderbezogene Auswirkungen ergeben sich nicht.

E Beteiligung/Abstimmung

Die Vorlage wurde mit Seestadt-Immobilien abgestimmt und die Stadtkämmerei wurde beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Es bestehen keine Bedenken gegen eine Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat hebt seinen Beschluss vom 09.01.2013 auf und stimmt zu, dass Seestadt-Immobilien zunächst bis zum 31.12.2013 weiteren Wohnraum in der Memeler Straße anmietet.

Rosche
Dezernent